

Salleische Zeitung.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nummer 391. Halle, Mittwoch 22. August 1894. 186. Jahrgang.

Neueste Nachrichten.

Eigene Drahtberichte und Fernsprechnachrichten.)

Berlin, 22. August. Die „Kreuzzeitung“ meldet aus Wien: Dem Reichnieden hat sich die Wiedereröffnung...

Berlin, 22. August. Der „Vorwärts“ beruht den diesjährigen Parteitag bei Frankfurt a. M. auf Sonntag, den 21. Okt. ein.

Danzig, 21. August. Der Staatskommissar für das Weichselgebiet meldet: Cholera ist hofierlich festgestellt worden bei den zwei Quarantänepflichtigen...

Amsterdam, 21. August. Hier sind zwei neue Cholerafälle und eine Erkrankung zu verzeichnen. Im Ganzen erkrankten hier bisher 36 und haben 15 Personen an der Cholera. In Waasicht kamen zwei neue Erkrankungen vor.

London, 22. August. Im Unterhause wurde der Bericht über den Ausgabebetät erörtert. Der Antrag Dalziel's, die Kosten der Gehälter der Beamten des Oberhauses nicht zu genehmigen, wurde mit 76 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Paris, 22. August. Der Generalrat von Nor protestierte einstimmig gegen das neue Anarchistengesetz, wobei der Präsident seine üblichen Vorbehalte machte. Eine lächerliche Fundgebung erfolgte von Marcellin. Der vorige Generalrat hatte den Vorparlamenten Satz zum Anarchisten erwidert: dieser brandmarkt natürlich das Zeilen der Anarchisten und billigte das neue Gesetz.

London, 22. August. Der Prinz von Wales ist gestern Abend nach Hamburg abgereist.

Paris, 22. August. Der Generalrat von Nor protestierte einstimmig gegen das neue Anarchistengesetz, wobei der Präsident seine üblichen Vorbehalte machte. Eine lächerliche Fundgebung erfolgte von Marcellin.

Rom, 21. August. Der „Agenzia Stefani“ zufolge ist die Nachricht des „Temps“, daß 6000 Italiener, jumeit Esilianer, von den italienischen Konsulaten in Tunis für Mafiafall angeordnet worden seien, vollkommen unbegründet.

Berlin, 22. August. Dem „Tagblatt“ zufolge hat der Gar den Anfall des Polens für Manders bestimmt.

Washington, 22. August. Die Beratung der Antinarchistenbill wird von dem Repräsentantenhaus für die gegenwärtige Session fallen gelassen.

Die auswärtige Politik Englands

hat im Augenblick den Stempel ungemainer Besinnlichkeit. Das „Foreign Office“ hegt augenscheinlich den größten Widerwillen gegen Anzentruren irgend einer weiter ausdehnenden Aktion. Es begriff sich dies Angesichts der mancherlei schwersten Probleme, Angesichts deren Orophitiamen freie Hand behalten möchte, um bei sich bietender günstiger Gelegenheit so viel für sich zu profitieren, als die Umstände nur immer gestatten.

Der chinesisch-japanische Krieg ist eines dieser Probleme, dessen Aufwerfung den Engländern an und für sich höchst unerwünscht kam, das nun aber, nachdem es einmal akut geworden, von der englischen Politik nach allen Richtungen gehäufig ausgenutzt wird.

In andrer, noch schwierigeres Problem ist in der indischen Finanzlage gegeben. Diefelbe ist eine Quelle fortwährender Verlegenheit nicht nur für Indien, sondern auch für England, welches wesentlich auf die Sympathien der indischen Bevölkerung angewiesen ist, um seine dortige Herrschaft dauernd zu behaupten, und sich doch durch seine Handels- und Wirtschaftspolitik den Vorwurf seitens der Indier zugehoben hat, die gegenwärtige Finanzmisere selbst eigentlich verurteilt zu haben.

In Afrika hat England seit einiger Zeit nur Verdruss erlebt. Sein Abkommen mit dem Kongolaale ist praktisch verfallen geworden, dafür haben Deutschland und Frankreich, Frankreich und der Kongolaale sich in Centralafrika friedlich auseinandergesetzt, und Äthien hat durch die Einnahme Sofokas aus seiner afrikanischen Kolonie eine freitragend wie nichtsfalls politisch ungemünz merkwürdige Etappe auf dem weiteren Vordringen landwärtwärts erklaufen.

In Siam ist England völlig ins Hintertreffen geraten. Frankreich wird seine Absichten, welche auf Einverleibung Siams in sein ostasiatisches Kolonialreich abzielen, aber lang oder kurz ausführen, ohne sich an die missgünstigen Blicke und verletzten Drohungen des Auswärtigen Amtes in London viel zu kehren. Auch auf Madagaskar wird Frankreichs Einfluß bald der ausschlaggebende sein.

England ist zu sehr von inneren Fünftigkeiten, von den Wählern der Sozialdemokraten, Anarchisten und Irlander in Anspruch genommen, als daß es mit voller Kraft das Nestor der internationalen Politik pflegen könnte. Es ist zu wünschen, wenn es an den Kriegslieferungen für chinesische Rechnung verdienen und seinen Handel von auswärtigen Verwickelungen fern halten kann. Am günstigsten stehen die Chancen der englischen Politik zur Zeit ansehend in Marokko, wo es den Vorkämpfern der britischen Weltreihungen gelungen ist, das französisch-spanische Gegegenwärtig fast völlig zu paralysieren.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Seit er endlich einige Nachrichten vom Ostasiatischen Kriegsschauplatz entgegennahm, die sich aber wieder durch ihre Unbestimmtheit auszeichnen. Von Wichtigkeit ist die Meldung, daß bei dem Gefecht bei Jassian eine Anzahl Koranischer Soldaten, auf besonderen Befehl des Königs, auf Seiten der Japanischen Truppen fielen. Einige von ihnen fielen der größere Teil aber enthielt die große Tapferkeit. Die Sache ist von der höchsten politischen Bedeutung, da sie zeigt, daß der König von Korea es mit Japan gegen seinen früheren Suzerän hält. Im Uebrigen geht aus dem vorliegenden Material hervor, daß die vergangenen Wochen keineswegs so unfriedlich verlaufen sind, wie man bei dem bisherigen Mangel an Nachrichten annehmen berechtigt war. Das Schweigen des Telegraphen ist eine Folge des außerordentlichen Abperungs-Systems, das man in Japan wie in China mit gleicher Virtuosität handhabt. Die Zensur ist hier wie dort außerordentlich streng; Ausländer werden sorgsam überwacht und die einheimische Presse muß sich auf Wiederergabe der offiziellen Notizen beschränken. In Folge dessen ist die Berichterstattung natürlich stark gefälscht und einseitige Mißverständnisse bringen nur sehr langsam in die Öffentlichkeit. Nur so scheint es zu mehreren Zusammenstößen gekommen zu sein. Die Japaner haben den alten Chinesischen Aviso „Bang Yang“, das Kriegsschiff Ki Jung Chong, gefolpert und den Chinesischen Kreuzer „Ting Yuen“ bombardiert. Dagegen rannte der Chinesische Admiral Li Hai Baijeng mit dem „Ghen Yuen“ einen Japanischen Kreuzer erster Klasse in den Grund. Die Japanischen Zeitungen veröffentlichen nicht den Namen des untergegangenen Kreuzers und reden davon nur an den verschiedensten Stellen ganz beiläufig in ihren Blättern.

Auch zu Lande, auf Korea, scheinen einige Schärmen sich festzusetzen zu haben; wenigstens bekümmern sich die Japaner, daß die Chinesen in den Königen die Generalkommanden vollziehen hätten. Auf Korea scheint China, was die Zahl der Landtruppen betrifft, noch immer den Vortritt vor Japan zu haben, obgleich das letztere seit 20000 Mann dort stehen haben soll. Beide Mächte schicken fortwährend Verstärkungen ab. Als die „Empress of Japan“ am 3. d. M. von Yokohama ablegte, glaubte man dort, daß es allerdings in einer Schlacht bei Sui kommen müsse. Demnach müßten die Chinesen schon weiter nach Süden vorgezogen sein; das stimmt aber wieder nicht mit der Angabe überein, daß die Japaner die nach Nord-Korea führenden Flüsse blockiert hätten. Durch alle diese widersprechenden Meldungen ist es unmöglich hindurch zu finden und es wird wohl erst durch einen entscheidenden Zusammenstoß einiges Licht in das Dunkel kommen.

Wir lassen nachstehend die uns in letzter Stunde zugegangenen Drahtnachrichten hier folgen:

London, 22. August.

Aus Korea, wo Hing Chong mit 50000 Mann gegen die japanischen Positionen vordrückt, erwartet man in Kürze entscheidende Nachrichten. Der japanische Oberbefehlshaber General Oshima erwartet die feindlichen Truppen mit seiner Hauptmacht. Er sandte starke Recognoscierungspatrouillen voraus.

London, 22. August.

Aus Shanghai wird telegraphiert, Admiral Ting habe seine Anordnungen zur Küstervertheidigung nach freien Befehlen aus Peking getroffen. Sämtliche kleineren Schiffe hätten einen höheren Aufstellungsort an der Küste, sodas sie eine Art Kältenwache bilden, während die größeren Fahrzeuge in der offenen See auf der Höhe des Goltes von Weichsel kampfbereit freizehen. Aus informierter militärischer Quelle verläuft, daß die japanischen Schiffe bereits Schwärzengleiten mit der Kohlenproviantierung hätten, weil sie fortwährend vorgeht auf die chinesische Flotte zugehen. In letzter Zeit wurden die japanischen Kriegsschiffe mehr zur Bedeckung der Truppentransporte verwendet, weshalb sich auch die chinesischen Schiffe jetzt etwas weiter aus ihren Verstecken herausgewagen.

Berlin, 22. August.

Einer Londoner Meldung des „Berl. Lokalanzt.“ zufolge sind unter den chinesischen Truppen auf Korea viele Krankheiten ausgebrochen. Die Soldaten fliehen sich zu Zugenden durch Erhängen entleiben. Auch unter den japanischen Soldaten sei die Sterblichkeit groß.

Deutsches Reich.

\* Der Kaiser begab sich am Dienstag früh nach Summersdorf, um dort Schieferarbeiten betätigen.

Wie erl. jetzt bekannt wird, hat sich am vergangenem Sonntag nach der zweiten Sitzung des Reichstages der Kaiser am Morgen bei dem Kaiser zur Abhaltung seines Dankes für die ihm verliehene Auszeichnung gemeldet. Der Kaiser erwiderte sich der „Kön. H.“ zufolge bei diesem Anlaß mit hohem Interesse eingehend nach dem jetzigen Zustande in Kamerun und sprach seine Freude darüber aus, daß dort jetzt wieder Ruhe und Ordnung herrsche. Der Kaiser erwiderte, daß die Kaiserliche Marine am 20. d. M. unter Entsendung von dem Kommando des Panzerschiffes 3. Klasse „Sachsen“ zum Kommandanten des Panzerschiffes 1. Klasse „Arbuthnot“ ernannt worden. Beim Feindlich hat

sich kein Eintritt in die Marine im April 1877 fast auf allen Schiffsarten an Bord befunden, sobald seine Fachausbildung im praktischen Dienst mit der der übrigen Kapitäns a. S. mindestens gleichen Schritt gehalten hat.

\* Eine wichtige Arbeit der bevorstehenden Reichstagsession wird die Entscheidung über die ungeheuerlich große Zahl angefallener Wahlen sein. Diese Wahlen sind im Reichstags bereits mit ganz verminderten Anzahlen zur Verhandlung gekommen und es ist, dem Antrag der Wahlprüfungskommission gemäß Veranlassung von amtlichen Ermittlungen beschlossen worden. Das Ergebnis derselben dürfte bei den Wiederzusammentreten des Reichstages vorliegen und dann bald die Entscheidung erfolgen. Es befinden sich darunter mehrere Wahlen, die mit knapper Mehrheit von wenigen Stimmen erzielt worden, und man wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß bereits Ungültigklärungen erfolgen. Nachdem der Reichstag bereits die Wahlen der Herren Graf Wolfke (Pommern) und von Polenz (Pommern) für ungültig erklärt, bleiben nach einer von uns entworfenen Zusammenstellung noch folgende vom Reichstag beanstandete Wahlen zu erledigen: Geiser (Weichsel), Will (Schlesien), von Garmann-Felsch (Pommern), von Gerlach (Sachsen) von den Conservativen, von Giffen (Sachsen) von den Freirepublikanern, auch Graf Wisniewski (Schlesien), Bamhoff (Sachsen), von Benda (Brandenburg), Rothbar (Sachsen), Pantzen (Sachsen), Möller (Sachsen), Siegel (Stuttgart), Dr. Wötter (Baden) von den Nationalisten; Fischer (Pommern), Greif (Sachsen) von den Centralisten; von Clapowski (Frankfurt) von den Polen; Götz (Sachsen), Caselmann (Sachsen), Rittich (Sachsen) von den Freirepublikanern. Von den Sozialdemokraten dürften die beiden neuwahlgewählten Vertreter v. Elm (Pommern) und Geisler (Sachsen) hinzukommen.

\* Wenig mehr als ein halbes Jahr trennt uns von dem Termine der Zusammenkunft des neuen Kommunalabgabengerechten. Au der Hand der vom Finanzministerium erlassenen Verfügung haben denn auch schon die Gemeinden in großer Anzahl sich mit den aus dem neuen Gesetze resultierenden Änderungen ihres Finanzvermögens beschäftigt. Die Arbeiten sind nicht in erquicklichem Fortschreiten begriffen, vielmehr auch schon einen gewissen Stillstand nahe. Es wird aber auch Zeit, daß die Arbeiten schon demnächst einen Ende entgegengeführt werden, hauptsächlich dort, wo zu bestimmten Gemeindefeststellungen die in den Kommunalabgabengesetze vorbehaltenen Genehmigungen der Aufsichtsbehörden erteilt werden müssen. Der Genehmigung muß doch eine eingehende Prüfung vorhergehen, und wenn die Aufsichtsbehörde dieselbe für die verschiedenen Gemeinden vorschreiben soll, so wird dazu inwiefern ein gewisser Zeitraum erforderlich werden. Hauptächlich wird sich eine eingehende Ermüdung derjenigen Gemeindefeststellungen als nötig erweisen, deren Genehmigung den Ministern des Innern und der Finanzen vorbehalten ist und welche auf die Aufsichtsbekörden höhere Instanz übertragen können. Dazu gehören die Verhältnisse, durch welche besondere direkte oder indirekte Gemeindefestnahmen eingeführt oder in ihren Grundrissen verändert, Abänderungen von den in § 54 des Gesetzes vorgeschriebenen Verhältnissen abgelehnt oder Abänderungen über den vollen Satz der Staatsentfaltung hinaus hinaus angedacht werden sollen. Hier handelt es sich um Abänderungen, welche für das Finanzwesen der einzelnen Kommunen von einschneidender Bedeutung werden können. Da es bei der ersten Ausführung des Gesetzes an Erfahrungen fehlt, welche es geeignet erscheinen lassen könnten, die Genehmigungen für die Dauer zu erleichtern, so darf als ziemlich sicher angenommen werden, daß überall, wo es sich um eine Genehmigung handelt, diese auf eine Zeit von einem oder mehreren Jahren erteilt werden wird.

\* In der Schlussitzung der Kommission zur Vorbereitung der Maßregeln gegen die Cholera sind sämtliche aus den einzelnen Bezirken eingegangenen Berichte über den Stand der Cholera einer gründlichen Durchberatung unterzogen worden. Nach dem Eintritte, den die Kommission aus denselben empfangen hat, sind die einzelnen Beschlüsse gefaßt worden. Diefelben sollen jedoch vorläufig direkt behandelt werden und sind in Anbetracht der in der ersten Konferenz am 1. August gefaßten Entschlüsse auf die Revision der Beschlüsse zur Verhandlung zugelassen worden. Die Wahl eines Kommissars für die Arbeit von der Kommission als oportuno bezeichnet worden. Die Bestimmung der Persönlichkeit ist noch in der Schwebe, da der Reichsanwalt die Entsendung bisher nicht getroffen hat.

\* Zum Verl. Verhörsstoff. In einer Versammlung der Arbeiterarbeitler sind dieselben von dem „Genossen“ Baumfuch aufgerufen worden, den Leiter der oberrheinischen Arbeitervereine jetzt keine Schwierigkeiten zu machen. Diese Mahnung war sehr am Platze. Denn es ist eine Thatsache, daß die von der Sozialdemokratie protegierten Arbeiter die Bedingungen der Arbeiterarbeit entweder gar nicht oder nur im „Anspruch“ anerkannt haben, daß dieselben nicht nur geringere Löhne als die konfessionellen Arbeiter erhalten, sondern auch in vielen anderen Beziehungen den Arbeitern zur Last Anlaß geben. Ja, es wird berichtet, daß eine Arbeiterverein aus dem Berliner Verein mit der ausdrücklichen Motivierung ausgeschieden ist, daß sie nicht im Stande sei, die in den Arbeitervereinen geltenden günstigen Arbeitsbedingungen aufrechtzuerhalten. Während es also die Sozialdemokratie sonst immer als ihre Aufgabe bezeichnet, die Lage der Arbeiter zu verbessern, fordert sie dieselben jetzt ausdrücklich auf, bei Seite nicht gegen die schlechten Arbeitsbedingungen in einzelnen Betrieben zu „muhen“. Und das Alles zur größeren Ehre der Partei! Bekannt ist, daß die Leiter der Arbeitervereine zwar die Entlassung von 20 Prozent ihrer Arbeiter angefordert, hauptsächlich aber nur 11 bis 12 Prozent entlassen und von diesen auch nur einen Antheil von einem Teil wieder eingestellt haben, nachdem sie ergeben hatten, daß dieselben sich an der Konfessionsbewegung von dem 16. Mai nicht beteiligen wollten. Auffallend ist aber, daß die Zahl der im Arbeitervereineinführung Nachzählungen im Verhältnis zur Zahl der seiner Zeit Entlassenen nicht groß ist. Es bleibt hiernach nur der Schluss übrig, daß ein großer Teil dieser Arbeiter anderweitige Beschäftigung gefunden hat, oder daß dieselben immer noch auf die Verbesserung des „Vorwärts“ bauen und ihre Arbeitervereineinführung in die betreffenden Arbeitervereine im Frühjahr





